

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Die Lage in Ägypten ist alarmierend

Verfahren gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung einstellen



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Foto: Tobias Koch

Seit Beginn der friedlichen Revolution vor einem Jahr verfolgen wir gebannt die Lage in Ägypten – zuerst mit großer Hoffnung, in letzter Zeit jedoch mit immer erheblicheren Sorgen. Sah es in den ersten Monaten des vergangenen Jahres noch so aus, als ob in Ägypten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einziehen könnten, ist heute kaum mehr vorhersehbar, in welche Richtung die Entwicklung geht. Die Bilder der Gewalt erschrecken uns. Wir wissen nicht, wer eigentlich in Kairo das Sagen hat.

Die demokratischen Kräfte werden immer stärker unter Druck gesetzt. Das gilt auch für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo. Seit die Büroräume der KAS dort Ende 2011 durchsucht wurden, werden die Mitarbeiter von den Behörden an der Arbeit gehindert. In dieser Woche gab die ägyptische Seite nun offiziell bekannt, dass gegen Mitarbeiter der Stiftung in Kairo Anklage wegen angeblich verbotener Aktivitäten und illegaler Annahme von Geldern aus dem Ausland erhoben wurde.

„Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft sind haltlos“

Man kann nur sagen: Das Vorgehen der ägyptischen Behörden verletzt rechtsstaatliche Prinzipien. Außerdem sind die Vorwürfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft haltlos. Seit 30 Jahren fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung die zivilgesellschaftliche Entwicklung in Ägypten. Die freie Betätigung der deutschen politischen Stiftungen ist für uns von entscheidender Bedeutung, wenn wir die demokratische und wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens weiter unterstützen wollen. Es ist gut, dass der Bundestag das in dieser Woche ebenfalls festgestellt hat.

EU nicht schuld an Problemen Griechenlands

In Europa entscheidet sich in diesen Tagen, wie es mit Griechenland weitergeht. Wieder empfiehlt es sich, mit Ruhe, aber auch mit Konsequenz die anstehenden Fragen zu entscheiden. Die Proteste in Griechenland können wir ein Stück weit sogar verstehen. Egal, wie die Entscheidungen ausfallen – sie werden den Bürgern Griechenlands Opfer abverlangen.

An den Problemen schuld sind aber weder die EU noch Deutschland. Auch das sollte die griechische Bevölkerung verstehen. Die Ursache für die Misere liegt in der Misswirtschaft, für die Generationen von Regierungen in Athen die Verantwortung tragen. Daran sollten sich die Demonstranten erinnern.

Volker Kauder

Inhalt

Die Lage in Ägypten ist alarmierend	1
Populistisches Manöver	2
Effektiv und konsequent aus der Krise	3
Verfahren gegen KAS-Mitarbeiter in Kairo einstellen	4
Zu ernst für parteipolitische Scharmützel	5
Auch EU-Kommission arbeitet im Zeichen der Schuldenkrise	6
Weitere Investitionen in die Forschung für zivile Sicherheit	6
Kinder- und Jugendtourismus fördern	7
Frisch gebloggt	7
Bürger zeigen reges Interesse am „Zukunftsdialog“ der Kanzlerin	8
Das Weltbevölkerungswachstum – Zentrale Herausforderung für die Entwicklungspolitik	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
 Peter Altmaier MdB
 Stefan Müller MdB
 CDU/CSU-Bundestagsfraktion
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
 Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
 Telefax (030) 227 56660
 pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Populistisches Manöver

SPD macht Wahlkampf gegen die Finanzwirtschaft



Stefan Müller
 Parlamentarischer Geschäftsführer der
 CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
 Foto: Henning Schacht

Die SPD hat angekündigt, für die Bundestagswahl 2013 die internationalen Finanzmärkte und den Bankensektor – nicht etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel – ins Visier zu nehmen. Sie will mobil machen „gegen verantwortungslose Zocker in den Banken“ und „Kasinokapitalismus“. Es ist ein populistisches Manöver, die Finanzwirtschaft zum Staatsfeind Nr. 1 zu erklären. Und es ist ein plumper Versuch, den Unionsparteien die Wirtschafts- und Finanzkompetenz streitig zu machen. Es war die rot-grüne Bundesregierung, die die Deregulierung der Finanzmärkte nach anglo-amerikanischem Vorbild vorangetrieben hat.

Der pauschale Vorwurf, die Finanzmärkte seien frei von jeder Regulierung, verkennt die Entwicklungen seit 2008. Die christlich-liberale Koalition verfolgt konsequent das Ziel, einen international konsistenten Regulierungsrahmen zu schaffen. Gleichzeitig wissen wir um die wichtige Funktion von Banken und Versicherungen mit ihren rund 1,2 Millionen Beschäftigten für unsere Wirtschaft. Das Leitbild unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik ist die soziale Marktwirtschaft: Die Finanzmärkte haben den Verbrauchern und der Realwirtschaft zu dienen und nicht umgekehrt.

Union hat Regulierung vorangetrieben

Deutschland hat mit nationalen, europäischen und globalen Initiativen eine wirksame Finanzmarktregulierung vorangetrieben. So haben wir etwa mit dem Basel-III-Prozess die Voraussetzungen geschaffen, um die Eigenkapital- und Liquiditätsvorsorge der Finanzinstitute zu verbessern. Dabei ist es uns gelungen, die Besonderheiten der deutschen Finanzwirtschaft mit ihren drei Sektoren aus Sparkassen, Kreditgenossenschaften und Privatbanken zu berücksichtigen. Mit dem Gesetz zur Restrukturierung von Banken haben wir für systemische Finanzinstitute ein geordnetes Restrukturierungsverfahren geschaffen. Große Bankinstitute müssen zudem ihre Eigenkapitalausstattung schneller als ursprünglich geplant erweitern, wozu vorsorglich der Finanzmarktstabilisierungsfonds reaktiviert wurde. Unter aktiver Mitwirkung Deutschlands konnte man sich in Europa auf eine europäische Finanzaufsichtsstruktur verständigen. Auf nationaler Ebene hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mehr Kontroll- und Eingriffsrechte erhalten. International wurden die Anreizsysteme in der Bezahlung und Vergütung von Bankmanagern stärker am langfristigen Erfolg der Institute ausgerichtet.

Ohne Zweifel müssen weitere zentrale Regulierungsvorhaben vorangetrieben werden. Dazu gehören etwa der Umgang mit global agierenden, systemrelevanten Banken oder mit Ratingagenturen. Zudem setzen wir uns weiterhin für die möglichst globale Einführung einer Finanztransaktionssteuer ein.

Anders als der SPD liegt es uns fern, einen ganzen Berufsstand zum Sündenbock zu machen. Uns geht es um konstruktive Lösungen im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft. Das Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft können wir nur gemeinsam stärken.

Effektiv und konsequent aus der Krise

EU-Staaten einigen sich auf Fiskalvertrag

Den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist auf ihrer informellen Tagung am 30. Januar 2012 etwas Besonderes gelungen: Nach weniger als zwei Monaten Verhandlungszeit haben sie sich auf den sogenannten Fiskalvertrag geeinigt. Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag werden die Haushaltsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion verschärft. Alle Länder, die sich dem Vertrag anschließen, verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin und besserer wirtschaftlicher Koordinierung. Wer sich dennoch als Defizitsünder erweist, den treffen automatische Sanktionen. Der Vertrag soll im März unterzeichnet und dann möglichst schnell ratifiziert werden.



Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Gipfel Ende Januar

Foto: ddp images/dapd/Torsten Silz

Schuldenbremsen und Schuldenabbau werden zur Pflicht

Der Vertrag zieht harte Konsequenzen aus der Schuldenkrise in Europa: Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, eine Schuldenbremse nach deutschem Muster einzuführen. Die jährliche Neuverschuldung, um Konjunkturerfekte und finanzielle Transaktionen bereinigt, darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Ist dies dennoch der Fall, sollen automatische Korrekturen greifen.

In einem neuen Verfahren sollen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof überprüfen, ob die Staaten ihrer Pflicht zur Einführung der Schuldenbremse nachkommen. Stellt der EuGH fest, dass dies nicht oder nicht in ausreichender Form geschehen ist, kann er in einem weiteren Verfahren Sanktionen gegen den betroffenen Staat verhängen. Vorgesehen sind Geldstrafen von maximal 0,1 Prozent des BIP, die an den neuen Rettungsschirm ESM zu zahlen wären.

Einen entscheidenden Fortschritt für mehr Haushaltsdisziplin bringen automatische Sanktionen bei Verstößen gegen das EU-Defizitkriterium. Künftig wird ein Defizitverfahren automatisch ausgelöst und kann nur mit

qualifizierter Mehrheit im Rat der Finanzminister verhindert werden. Damit wäre ein großer Schwachpunkt des Maastricht-Vertrags beseitigt: Konsolidierungsunwillige Länder können sich nicht mehr miteinander verbünden, um Sanktionen zu umgehen.

Weiteres wichtiges Ergebnis des Fiskalpakts ist die Verpflichtung der unterzeichnenden Staaten, ihre Gesamtverschuldung abzubauen. Überschreitet diese 60 Prozent des BIP, muss sie um jährlich fünf Prozent reduziert werden.

Keine Finanzhilfen ohne Fiskalvertrag

Besondere Schlagkraft erhält der Vertrag durch seine Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Wer zukünftig Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben.

Auch bei der wirtschaftspolitischen Koordinierung zieht der Vertrag Konsequenzen aus der Krise. Zwischen den Regierungen wird es eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik geben, insbesondere durch die Abstimmung von Reformplänen.

Außerdem werden sich die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone von nun an regulär zwei Mal im Jahr treffen. Wenn es um Themen wie Wettbewerbsfähigkeit, Grundlagen der Euro-Zone oder spezielle Fragen der Umsetzung des Fiskalpakts geht, werden auch die am Fiskalpakt beteiligten acht Nicht-Euro-Staaten dabei sein.

Auch die Parlamente koordinieren sich künftig stärker bei Fragen der Haushalts- und Fiskalpolitik. Der Vertrag sieht Treffen von Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente vor.

Überführung in die Europäischen Verträge

25 der 27 EU-Mitgliedstaaten wollen den Vertrag beim Europäischen Rat am 1./2. März unterzeichnen, anschließend ratifizieren und umsetzen. Großbritannien und der Tschechischen Republik, die sich vor allem aus innenpolitischen Gründen nicht beteiligen, steht eine spätere Teilnahme am Fiskalvertrag weiterhin offen.

Spätestens aber in fünf Jahren ist das Einverständnis aller 27 EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Bis dahin soll der Fiskalvertrag in die Europäischen Verträge überführt werden.

Verfahren gegen KAS-Mitarbeiter in Kairo einstellen

Bundestag verabschiedet Entschließungsantrag – Vorwürfe der ägyptischen Behörden sind „haltlos“ – Vorgehen „inakzeptabel“

Der Bundestag hat die unverzügliche Einstellung des Verfahrens gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo gefordert. Mit fraktionsübergreifender Mehrheit verabschiedete das Parlament vergangenen Donnerstag einen entsprechenden Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP. Die deutschen politischen Stiftungen in Ägypten müssten ihrer Arbeit „ohne Einschränkungen und ungehindert nachgehen können“, heißt es in dem Antrag. Andernfalls müsse man die wirtschaftliche und politische Unterstützung überdenken.

Ägypten behindert seit Ende Dezember die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Am 29. Dezember durchsuchten Vertreter der ägyptischen Staatsanwaltschaft und bewaffnete Polizeieinheiten die Büroräume der Stiftung in Kairo. Computer, Server und Dokumente wurden konfisziert. Der KAS wird vorgeworfen, ihr Büro in Ägypten illegal zu betreiben, obwohl sie bereits seit über 30 Jahren vor Ort präsent ist. Neben der KAS wurden die Büros von 16 weiteren internationalen Nichtregierungsorganisationen durchsucht.

Ausreiseverbot für KAS-Mitarbeiter

Der Leiter des KAS-Büros, Andreas Jacobs, wurde seit Ende Dezember mehrfach von der ägyptischen Justiz vorgeladen. Die ägyptischen Behörden werfen der KAS und den weiteren Organisationen – darunter auch US-amerikanische – illegale Präsenz im Lande sowie die Beteiligung an illegalen ausländischen Geldtransfers vor. Am 5. Februar wurde ein offizielles Strafverfahren gegen Andreas Jacobs und eine weitere deutsche Mitarbeiterin der KAS in Kairo eingeleitet. Beide wurden mit einem Ausreiseverbot belegt.

In ihrem Antrag bringen die Koalitionsfraktionen ihr Unverständnis über das Vorgehen der ägyptischen Behörden zum Ausdruck. „Die Vor-

würfe der ägyptischen Staatsanwaltschaft gegenüber der Stiftung sind haltlos“, heißt es. Das Vorgehen verletze rechtsstaatliche Prinzipien wie Vertrauensschutz und Verhältnismäßigkeit. „Dieser Umgang mit einer deutschen politischen Stiftung ist vollkommen inakzeptabel.“ Er widerspreche auch dem Geist der Berliner Erklärung, mit der am 12. August vergangenen Jahres die deutsch-ägyptische Transformationspartnerschaft begründet wurde.

Finanzielle Unterstützung in Frage gestellt

„Die Anklage gegen die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung ist umso unverständlicher, als Deutschland sich umfassend, auch finanziell, und stets in Absprache mit der ägyptischen Seite für den demokratischen Wandel in Ägypten engagiert“, heißt es in dem Entschließungsantrag. Die Koalition wies darauf hin, dass Deutschland Schulden Ägyptens in Höhe von 240 Millionen Euro umwandeln wolle, die dann in Entwicklungsprojekte fließen sollten. Daneben stelle Deutschland 140 Millionen

Euro für den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in der gesamten Region zur Verfügung, von denen Ägypten maßgeblich profitiere. Für die weitere Unterstützung der demokratischen und wirtschaftlichen Entwicklung sei es allerdings von großer Bedeutung, dass sich die deutschen politischen Stiftungen frei betätigen könnten.

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder betonte vor dem Bundestag, das Vorgehen der ägyptischen Behörden konterkariere die Bemühungen, den Transformationsprozess in Ägypten positiv zu gestalten. „Denn das Vorgehen richtet sich nicht allein gegen ein Stiftungsbüro, sondern gegen Deutschlands Angebot, Ägypten bei dem schwierigen Übergang zur Demokratie zu unterstützen.“ Kauder hielt fest, dass die Arbeit der Stiftung geprägt sei vom Einsatz für die Achtung der Menschenwürde, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: „Das sind Grundwerte, für die die Menschen auf dem Tahrir-Platz demonstriert haben.“ Für Kauder hatte die KAS bei seinem Besuch in Kairo Anfang 2011 ein Treffen mit Menschenrechtsaktivisten organisiert.



Das Büro der KAS in Kairo

© ddp images/dapd/Philipp Breu

Zu ernst für parteipolitische Scharmützel

Clemens Binninger im Gespräch mit „Fraktion direkt“ über den Untersuchungsausschuss zur Zwickauer Mordserie



Clemens Binninger, Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuss
Foto: Laurence Chaperon

In dieser Woche nahm der Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund“ seine Arbeit auf. Erste Beweisanträge wurden gestellt; ein Fahrplan für die Arbeit des Gremiums wurde ausgearbeitet. „Fraktion direkt“ sprach mit dem Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Untersuchungsausschuss, Clemens Binninger.

Herr Binninger, traditionell wird ein Untersuchungsausschuss als Kampfinstrument der Opposition eingesetzt. Jetzt soll alles anders sein – erstmalig haben alle fünf Fraktionen im Bundestag gemeinsam einen solchen Ausschuss eingesetzt. Glauben Sie an die Harmonie?

Binninger: Wenn sich alle Beteiligten der Verantwortung bewusst sind, bin ich zuversichtlich, dass wir gut zusammenarbeiten werden. In dieser Woche hat der Ausschuss auch die ersten Beweisanträge gemeinsam auf den Weg gebracht.

Viele der Ausschussmitglieder kennen sich bereits seit Jahren und pflegen ein gutes kollegiales Verhältnis. Außerdem ist das Thema zu ernst, um es für parteipolitische Zwecke zu instrumentalisieren.

Wo wird aus Ihrer Sicht der Schwerpunkt der Ausschussarbeit liegen?

Binninger: Der Untersuchungszeitraum von 1992 bis 2011 ist außergewöhnlich weit gefasst. Der Schwerpunkt wird sicher auf dem Zeitraum von 1998 bis 2001 liegen, als die Terrorzelle untertauchte und mit den Taten begann. Außerdem wird der Zeitraum 2000 bis 2007, in dem nach heutigem Stand zehn Morde und mehrere Banküberfälle begangen wurden, zentral sein.

Inhaltlich werden zwei Fragen dominieren: Zum einen, warum ist es nicht gelungen, trotz vieler Hinweise die Mitglieder der Terrorzelle festzunehmen? Zum anderen, warum ist es nicht gelungen, die Verbindung zwischen der Verbrechenserie und der Terrorzelle herzustellen?

„Bund und Länder haben gemeinsames Interesse an der Aufklärung“

Es wird laut Untersuchungsauftrag auch um die Kooperation der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern gehen. Sehen Sie hier Probleme für die Aufklärungsarbeit durch den Bundestags-Untersuchungsausschuss beziehungsweise bei der Zusammenarbeit mit den Ländern?

Binninger: Die Länder haben ihre eigenen Zuständigkeiten, wenn es darum geht, die Arbeit ihrer Sicherheitsbehörden zu kontrollieren. Wir haben den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern zu untersuchen, und dazu brauchen wir teilweise auch entsprechende Akten oder Zeugen aus den Ländern. Wir haben ein gemeinsames Interesse an

der Aufklärung, und deshalb werde ich auch auf die Länder zugehen, um einen Weg zu finden, sie auf geeignete Weise in die Untersuchungsarbeit einzubinden.

Bei konzentrierter Arbeit reicht ein Jahr

Der Ausschuss wird ein wenig mehr als ein Jahr Zeit haben, um seinen Auftrag umzusetzen und seinen Bericht zu verfassen. Kann er dem Anspruch in so kurzer Zeit überhaupt gerecht werden?

Binninger: Die Untersuchungen werden in der Tat sehr komplex sein. Wenn wir die Ausschussarbeit ökonomisch gestalten und sachorientiert vorgehen, können wir bis zum Frühjahr 2013 durchaus gute Ergebnisse erzielen. Dazu wird es aber notwendig sein, sich mit den anderen bestehenden Untersuchungsgremien, also dem Untersuchungsausschuss in Thüringen und der Bund-Länder-Kommission, abzustimmen. Wenn das gelingt, ist ein Jahr ausreichend Zeit.

Sie selbst haben im Polizeidienst sowie als langjähriger Parlamentarier und Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums viele Kenntnisse über die Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden sammeln können. Welches Arbeitsergebnis wünschen Sie sich für den Ausschuss – ganz persönlich?

Binninger: Für mich persönlich wird der Ausschuss dann erfolgreich sein, wenn wir präzise ermitteln können, welche Fehler passiert sind, und außerdem konkrete Verbesserungsvorschläge machen können, damit sich eine solch schreckliche Verbrechenserie in unserem Land nicht wiederholen kann.

Kinder- und Jugendtourismus fördern

Bundestag debattiert Koalitionsantrag

Der Kinder- und Jugendtourismus in Deutschland soll stärker gefördert werden. Das sieht ein Antrag vor, den die Koalitionsfraktionen am Donnerstag in den Deutschen Bundestag eingebracht haben. Schon heute sind Kinder- und Jugendreisen ein wichtiges Geschäftsfeld in Deutschland: 20 Prozent aller Inlandsreisen entfallen auf die junge Zielgruppe. Ihre Reisen tragen rund zwölf Milliarden Euro zum Jahresumsatz der deutschen Tourismuswirtschaft bei.

Jugendtourismus schafft Gemeinschaftserlebnisse

Obwohl Kinder- und Jugendreisen helfen, den Tourismusstandort langfristig attraktiv zu halten, wird ihre Bedeutung noch oft unterschätzt. Dabei können sie dazu beitragen, wichtige pädagogische Ziele zu erreichen: Sie schaffen intensive Gemeinschaftserlebnisse, fördern neue Kontakte und helfen, die eigene Heimat und fremde Länder besser kennenzulernen. Gezielte Angebote zu gesunder Ernährung und Bewegung gewinnen darüber hinaus an Bedeutung.



© 77SimonGruber - Fotolia.com

Qualifizierung und Vermarktung stärken

Ein wichtiges Koalitionsziel ist eine intensivere internationale Vermarktung kinder- und jugendtouristischer Angebote in Deutschland, insbesondere durch die Deutsche Zentrale für

Tourismus (DZT). Der internationale Jugendaustausch, Jugendbegegnungen sowie die Qualifizierung von Mitarbeitern und Ehrenamtlichen in diesem Segment sollen weiter gefördert werden. Die Bundesregierung soll zudem an geeigneter Stelle auf die Einsatzmöglichkeiten des neuen Bundesfreiwilligendienstes in jugendtouristischen Einrichtungen hinweisen und prüfen, inwieweit der Aufbau einer Internetplattform `Jugendtourismus in Deutschland` unterstützt werden kann.



© Roberto Serratore - Fotolia.com

Weitere Investitionen in die Forschung für zivile Sicherheit

Bundestag beschließt zweites Rahmenprogramm

Die versuchten Kofferbombenattentate auf einen Regionalexpress in Köln, Ausbrüche von Epidemien wie bei EHEC, Katastrophen bei Großereignissen wie der Love-Parade in Duisburg, massenhafter Missbrauch von Kreditkarten und Verstöße gegen den Datenschutz – all dies sind Fragen der zivilen Sicherheit, die die Bürger unmittelbar betreffen. Bei der Vorbeugung oder Bewältigung von Sicherheitsrisiken können technische Lösungen aus der Forschung einen wichtigen Beitrag leisten. Der Bundestag beschloss daher am Donnerstag ein zweites Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit.

Die Förderung der Forschung für die zivile Sicherheit ist seit ihrer Einführung 2007 ein besonderes Anliegen der Union. Bis 2011 wurden insgesamt 250 Millionen Euro in die



© Bertold Werkmann - Fotolia.com

Sicherheit der Bürger investiert. Bereits das erste Forschungsprogramm brachte nützliche Neuerungen, denn Nutzer wie Feuerwehrleute, Notärzte oder Polizisten wurden direkt in die

Forschungsprojekte eingebunden. So wurde ein Sensorhandschuh für Rettungskräfte entwickelt, der deren Sicherheit deutlich erhöht.

55 Millionen jährlich für Projekte

Im Rahmen des neuen Programmes sollen von 2012 bis 2017 jährlich rund 55 Millionen Euro für die Förderung von Forschungsprojekten im Bereich der urbanen Sicherheit, des Schutzes vor Gefahrenstoffen und der Sicherheit der Wirtschaft investiert werden. Auch gesellschaftliche und ethische Aspekte der zivilen Sicherheit werden analysiert. Das Forschungsprogramm dient nicht nur der Sicherheit der Bürger, sondern auch der Stärkung mittelständischer Unternehmen.

Fraktion 2.0

Frisch gebloggt

Auf blogfraktion.de bezieht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stellung zu aktuellen Themen. „Fraktion direkt“ gibt in lockerer Folge einen Überblick über die interessantesten Beiträge.

[Ägyptens Revolution ist alles andere als vollendet](#)

Die ägyptische Revolution ist ein Jahr alt. Sie hat in der verkrusteten arabischen Gesellschaft viel in Bewegung gesetzt, schreibt Dagmar Wöhr, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie bedauert, dass die wahren Revolutionäre im Hohen Haus eine Minderheit seien – wie auch die Frauen.

[Keine Angst vor dem Bevölkerungswachstum...](#)

... hat Joachim von Braun, der Direktor des Zentrums für Entwick-

lungsforschung der Universität Bonn, der als Experte am entsprechenden Fraktionskongress teilgenommen hat. Rund neun Milliarden Menschen werden Mitte dieses Jahrhunderts auf unserer Erde leben. Sie werden aufgrund des wachsenden Wohlstands



blogfraktion.de

etwa so viel Nahrungsmittel konsumieren, wie heute zwölf Milliarden verbrauchen würden. Von Braun hält es durchaus für möglich, die weltweite Nahrungsmittelversorgung auch 2050 sicherzustellen. Von den dazu erforderlichen Investitionen und poli-

tischen Reformen sei die Weltgemeinschaft allerdings noch weit entfernt, meint er.

[Für die Gleichwertigkeit der Bildungsabschlüsse](#)

Mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) für lebenslanges Lernen hat die Koalition erstmals ein umfassendes Profil der in Deutschland zu erwerbenden Kompetenzen vorgelegt, das die Abschlüsse in Europa vergleichbar macht. Uwe Schummer, Obmann im Ausschuss für Bildung und Forschung, sagt: „Wie bei der Entwicklung eines Berufsbildes oder einer Prüfungsordnung wird der DQR im Detail nicht im Parlament verhandelt, sondern von den Akteuren der Bildung wie Bund, Ländern und Sozialpartnern entschieden.“ Die Union bekennt sich zur Gleichwertigkeit beruflicher, schulischer und akademischer Bildung.

Bürger zeigen reges Interesse am „Zukunftsdialog“ der Kanzlerin

Zahlreiche Beiträge auf der Website – Merkel wünscht sich möglichst konkrete Vorschläge

Die Beteiligung ist ausgesprochen rege. Bereits über 4.000 Vorschläge haben Bürgerinnen und Bürger auf der Internetplattform dialog-ueber-deutschland.de seit der Freischaltung Anfang Februar eingereicht. Die Website ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Dialogs über die Zukunft Deutschlands, den Bundeskanzlerin Angela Merkel im vergangenen Jahr angestoßen hat. Sie erhofft sich davon Denkanstöße und Handlungsvorschläge für die Gestaltung des Landes in den nächsten fünf bis zehn Jahren. Parallel zum Bürgerdialog findet auch eine Debatte mit über 120 Experten aus Wissenschaft und Praxis statt, die über ein Jahr interdisziplinär zusammenarbeiten.

Bundeskanzlerin Merkel begründet ihre Initiative so: „Wir machen ja sehr oft Politik für den Tag und vielleicht für die nächsten zwei, drei Jahre. Aber ich glaube, wir bewegen uns in einer Zeit, in der wir uns darauf einstellen müssen, dass sich vieles ändert – auf der Welt, aber auch in unserem Land.“ Von den Bürgern und Experten wünscht sie sich möglichst konkrete, umsetzbare Vorschläge. Der Dialog mit den Bürgern findet nicht nur im Internet statt. Von Ende Februar bis Ende März plant die Kanzlerin auch drei direkte Begegnungen in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld.

Offene Debatte über Islam gewünscht

Der Zukunftsdialog gliedert sich in die drei Fragenkomplexe „Wie wollen wir zusammenleben?“, „Wovon wollen wir leben?“ und „Wie wollen wir lernen?“. Die Vorschläge, die bislang auf der Website eingegangen sind, betreffen unterschiedlichste Bereiche. Es gibt Forderungen nach einer offenen Diskussion über den Islam, nach Abschaffung des Föderalismus oder



Bundeskanzlerin Angela Merkel auf einer Fraktionssitzung

Foto: Tobias Koch

nach Zusammenlegung der öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF. Andere fordern die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, die Deckelung der Kraftstoffpreise oder die Umwandlung des Solidaritätszuschlags in einen Beitrag zum Staatsschuldenabbau. Einige Vorschläge betreffen Bereiche, auf die die Politik gar keinen Einfluss hat. So verlangt ein Bürger die „Beschränkung der unverhältnismäßigen Gehälter der Fußball-Bundesliga“.

Zahlreiche Teilnehmer halten sich mit eigenen Vorschlägen zurück und beschränken sich darauf, die bereits gelisteten Ideen zu bewerten. Mit mehr als 21.000 Stimmen beispielsweise unterstützten Bürger die Forderung nach einer argumentativen Auseinandersetzung mit dem Islam. Nur vier Stimmen Unterstützung erhielt bislang die Bürgerin, die Hartz IV stoppen will; bisher noch gar keine Befürworter fand die Forderung nach einem Verfallsdatum für neue Gesetze. Populär ist mit über 1.800 Unterstützern etwa die Forderung nach freiem Zugang zu öffentlich finanzierter Forschung.

Jeder bekommt eine Antwort

Bis Ostern ist die Website für Vorschläge offen. „Jeder, der mitmacht, bekommt eine Antwort“, versprach Kanzlerin Merkel. Anschließend würden die Ideen ausgewertet. Die Verfasser der zehn am besten bewerteten Vorschläge bekommen laut Merkel eine Einladung ins Kanzleramt. „Mit denjenigen werde ich auch sprechen“, kündigte sie an.

Abschlussbericht im August

18 Arbeitsgruppen umfasst der „Expertendialog“. Auch die Experten diskutieren entlang der drei Fragenkomplexe. Sie befassen sich mit Teilaspekten wie dem Zusammenleben der Generationen, der Zukunft der Arbeit oder den digitalen Kompetenzen der Gesellschaft. Alle Arbeitsgruppen trafen sich bereits von September bis Dezember 2011 in zweitägigen Workshops im Kanzleramt. Im Frühjahr treffen sie sich erneut und werden ihre Handlungsvorschläge konkretisieren. Im August wollen sie der Kanzlerin ihren Abschlussbericht übergeben.

Das Weltbevölkerungswachstum – Zentrale Herausforderung für die Entwicklungspolitik

Kongress der Unionsfraktion – Entwicklungspolitik muss demografische Entwicklung stärker berücksichtigen

Die Weltbevölkerung wächst in rasantem Tempo: Seit Oktober 2011 leben sieben Milliarden Menschen auf diesem Planeten. 2050 werden es mindestens neun Milliarden sein, wobei der überwiegende Teil des Wachstums in Afrika südlich der Sahara zu verzeichnen ist. Die Frage, ob die deutsche Entwicklungspolitik für die Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums gewappnet ist, diskutierten in der vergangenen Woche etwa 250 Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf einem Kongress im Reichstag, zu dem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingeladen hatte.

In ihrem Eingangsstatement wies die entwicklungspolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Sibylle Pfeiffer, auf die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas hin. Weltbevölkerungswachstum, Nahrungsmittelsicherheit, die Sicherstellung einer Basisinfrastruktur oder auch die politische Stabilität von Staaten – alles hänge thematisch zusammen und bedinge einander. Leider sei es über lange Jahre versäumt worden, das Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, stellte sie fest.

Junge Generation gut ausbilden

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel betonte, dass die Bevölkerungsdynamik die Politik vor große Herausforderungen stelle. Eine gut ausgebildete junge Bevölkerung könne jedoch auch eine große Chance für wirtschaftliches Wachstum und größeren Wohlstand in den Entwicklungsländern bedeuten. Aus diesem Grunde habe sein Ministerium im vergangenen Jahr beschlossen, Fragen der Weltbevölkerung zu einem wichtigen Bestandteil seiner strategischen Planung zu machen.

Die Basisinfrastruktur sicherstellen

Aus internationaler Sicht forderte der Exekutivdirektor des Weltbevölkerungsfonds (UNFPA), Babatunde Osotimehin, nicht ausschließlich auf die reinen Bevölkerungszahlen zu schauen. Wichtiger sei die Beantwortung der Frage, wie der Zugang zu einer Basisinfrastruktur für eine wachsende Weltbevölkerung sichergestellt werden könne. Primäres Ziel müsse es sein, die junge Generation für die Herausforderungen der Zukunft stark zu machen. In diesem Zusammenhang dankte er Deutschland für seine Unterstützung des UNFPA.

Produktivere Landwirtschaft und bessere Bildung

Bei der sich anschließenden Diskussionsrunde zu den Themenkomplexen Ernährungssicherung, Gesundheit, Bildung und soziale Sicherung wurde die Frage erörtert, wie eine nachhaltig bewirtschaftete Welt mit neun bis zehn Milliarden Menschen aussehen könnte. Referenten waren Erich Zahn, Co-Autor der Studie „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome, Roland Bernecker, Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Joachim von Braun, Direktor des Zentrums für Entwicklungsforschung an der Universität Bonn, und Renate Bähr, Geschäftsführerin der deutschen Stiftung Weltbevölkerung. Gefordert wurde von Seiten der Referenten unter anderem eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität, eine Reduzierung der Nahrungsmittelverschwendung, mehr Maßnahmen zu selbstbestimmter Familienplanung sowie eine Verbesserung der Bildungsqualität.



Sibylle Pfeiffer
Entwicklungspolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Foto: Steven Rösler

Ruck fordert umfassenden Ansatz

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Ruck forderte in seinem Schlusswort einen umfassenden Ansatz für die Lösung der Herausforderungen, die mit dem Weltbevölkerungswachstum verbunden sind. Dabei sei jedoch auch ein entsprechender politischer Wille in den Entwicklungsländern selber vonnöten.

Auf einem Folgekongress im nächsten Jahr sollen die Themen Klima, Umwelt, Konflikte, Migration, Ressourcen und Urbanität erörtert werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat zu ihrer Veranstaltung ein Thesenpapier mit dem Titel „Entwicklungszusammenarbeit an den Herausforderungen des Weltbevölkerungswachstums ausrichten“ vorgelegt, das auch auf der Homepage einsehbar ist (www.cducusu.de/entwicklung).

Reallöhne um 1,0 Prozent gestiegen

Starker Anstieg der Verbraucherpreise

Wiesbaden – Die Reallöhne, das heißt die preisbereinigten Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer, stiegen in Deutschland im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 1,0 Prozent. Wie das Statistische Bundesamt unter Berufung auf die bisher vorliegenden Zahlen mitteilte, lagen die Nominallöhne im Jahr 2011 um 3,3 Prozent über dem Vorjahreswert. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im selben Zeitraum um 2,3 Prozent. Damit ergibt sich unter dem Strich ein Reallohnanstieg von einem Prozent. Zum Vergleich: Die Reallöhne waren 2010 um 1,5 Prozent gestiegen, 2009 um 0,4 Prozent gesunken.

Höhere Tarifabschlüsse

Die Nominallöhne stiegen in der ersten Jahreshälfte 2011 vor allem durch den weiteren Abbau der Kurzarbeit sowie höhere Tarifabschlüsse und Sonderzahlungen stark an. Aus diesen Gründen lagen die Veränderungsraten in den ersten beiden Quartalen 2011 über der Vier-Prozent-Marke und somit auch deutlich über dem Anstieg der Verbraucherpreise.

In der zweiten Jahreshälfte 2011 schwächte sich das Wachstum der Nominallöhne ab. Im dritten Quartal konnte das Plus in Höhe von 3,0 Prozent die Inflationsrate (+ 2,5 Prozent) noch übertreffen. Im vierten Quartal waren die Nominallöhne – nach vorläufigen Zahlen – um 2,1 Prozent höher als im Vorjahresquartal. Erstmals seit dem vierten Quartal 2009 hätte damit der Zuwachs der Nominallöhne nicht ausgereicht, um den Anstieg der Verbraucherpreise (plus 2,3 Prozent) auszugleichen.



Strategiebesprechung im Basislager

Zeichnung: Sakurai

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine (veranstaltungen.cducusu.de)

29. Februar 2012	Kongress Freie Berufe
5. März 2012	Kongress Rohstoffhandel
7. März 2012	Kongress Arbeitsmarkt
19. März 2012	Kongress Russland nach den Wahlen

Fragen und Antworten zur Schuldenbremse

Haushaltskonsolidierung hat für die Union Priorität. Der neue Flyer „Im Sinne unserer Kinder – 12 Fragen und Antworten zur Schuldenbremse“ erklärt, warum die Schuldenbremse 2009 eingeführt wurde, welche Rolle sie bei der Überwindung der Euro-Krise spielen wird und wie weit Bund

und Länder bei der Reduzierung der Neuverschuldung bisher gekommen sind.

Der Flyer kann unter fraktion@cducusu.de bestellt werden und steht unter www.cducusu.de/publikationen zum Download bereit.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de

Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/
cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)